

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 216

Nummer 482 a

Wegpreis: vom 26. 10.—1. 11. 1923 10,000 000 000.—
Polenposten, Zeitungs- und unter Ausdrücken entzogen.
— Früher Gewehr mit dem Betrag von Schmalen.

Halle-Saale

Anzeigenpreis:

Verlagsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Central 7801,
abends von 7 Uhr an Redaktion 5608 und 5610. — Postfach-Nummer Leipzig 20 512.

Sonntag, 28. Oktober 1923

Verlagsstelle Berlin: Hamburger Str. 30, Fernruf Am Kurfürst 8210
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Druck von Otto Ebel, Halle-Saale

Verhärfung des Konfliktes mit Bayern

Scharfe Sprache zwischen Berlin und München

Die Reichsregierung gegen Herrn v. Kahr

Berlin, 27. Oktober.

Amlich wird gemeldet:
Am 27. Oktober der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder, die auf Anregung des württembergischen Staatspräsidenten Dr. von Eberle zusammengekommen, ist der einmütige Beschluß der deutschen Länder zum Ausdruck gekommen, den Konflikt zwischen dem Reich und Bayern zu beilegen. Der bayerische Gesandte Herr von Kahr hat in Vertretung der bayerischen Staatsregierung bei diesen Verhandlungen wiederholt zu erkennen gegeben, daß der bayerischen Staatsregierung daran gelegen ist, einen amicablesten Weg zu finden, um diesen von ihr gesuchten Konflikt zu lösen. Der Reichsanwalt hat sich dieser Erklärung angeschlossen und den Dank der Reichsregierung dafür zum Ausdruck gebracht, daß die Länder sich bemühen, einen Weg für die Beilegung zu finden.

Demnach erklärt der bayerische Generalkonsul in Berlin Herr v. Kahr eine Erklärung, worin er es ablehnt, mit der bayerischen Reichsregierung in Verhandlungen einzutreten. Diese Erklärung ist in sich praktisch belanglos, denn die Vertretung Bayerns liegt in den Händen der bayerischen Staatsregierung und nicht bei Herrn von Kahr, der lediglich mit der Vertretung der Funktionen betraut ist, die sich aus der Vertretung des Bundespräsidenten in Bayern ergeben. Um so unverantwortlicher ist es, wenn Herr von Kahr sich dem Wunsche der Reichsregierung, dem einmütigen Beschlusse der Länder und dem durch den bayerischen Gesandten ausgedrückten Wunsche der bayerischen Staatsregierung, die Reichsregierung zu beilegen, durch sein Verhalten feindselig verhält.

Das tut der bayerische Generalkonsul in Berlin, in der die bayerische Politik in Gefahr ist, in französischer

die Abhängigkeit zu geraten, in der Rhein und Ruhr von dem französischen Besatzungsheer bebroht sind, wie kaum je zuvor, in der Hunger im Innern und Verarmung von außen uns bedrohen und in der die Reichsregierung notwendiger ist als je. Sein Verhalten ist eine Ermahnung, die in seiner Stellung keine Begründung findet und die die Reichsregierung zurückweist. Sein ganzes Tun und Lassen, das sich gegen jeden Versuch wendet, die Reichsregierung auf dem Wege des Verlebens wiederherzustellen, muß dem Urteil des deutschen Volkes überlassen bleiben.

Kahrs Antwort

München, 27. Oktober.

In der halbamtlichen Ausfaffung der Reichsregierung läßt Herr v. Kahr ebenfalls halbamtlich erklären, daß er es nicht als seine Aufgabe ansehe, sich mit der Reichsregierung in Paris auseinanderzusetzen einzulassen. Im übrigen könne er sich keine Vorurteile machen lassen, in welcher Weise er von seinem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch machen wolle. Ob eine Reichsregierung, in der Parteifreunde des Reichslandtagspräsidenten Johannes Hoffmann an leitender Stelle sitzen, gerade dazu berufen sei, den bayerischen Generalkonsul über die Notwendigkeit der Wahrung der Reichsregierung zu belehren, sei eine Frage, deren Verantwortung er getrost dem Urteil aller verständigen Deutschen überlassen könne.

Zu der Kundgebung der Reichsregierung gegen Herrn v. Kahr bemerkt heute die „Mündener Zeitung“, das Organ des Generalkonsulats in Berlin: „Ob der Standpunkt des Herrn v. Kahr tatsächlich praktisch belanglos ist oder nicht, wird sich ja bald herausstellen.“

Frankreichs unmögliche Vorbehalte

Poincarés Bedingungen
(Eigener Drahtbericht)

London, 27. Oktober.

„Daily Telegraph“ teilt offiziell mit, daß Poincarés Antwort im wesentlichen folgendes enthält: Die Bedingungen Poincarés sind nach dem „Daily Telegraph“:
1. Der Sachverständigenausschuß wird von der Reparationskommission ernannt und berufen. Das deutsche Mitglied des Ausschusses darf nur ausüben, nicht mitbestimmen und gehört werden.
2. Der Sachverständigenausschuß soll seine Arbeiten erst aufnehmen, wenn die Alliierten sich darüber geeinigt haben, daß der passive Widerstand vollständig beendet ist.
3. Der Sachverständigenausschuß soll nicht befugt sein, eine Verabreichung des Londoner Ultimats als Willkür des Goldstandes von sich aus zu fordern. Die Verabreichung steht ausschließlich einer einmütigen (1) auf folgenden Entscheidung der Alliierten vorbehalten:
4. Eine Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und der in Deutschland für Reparationszahlungen vorgehenden Verfahren darf nicht zu einer Verabreichung des französischen Artikels an den Reparationskommissionen ein Verbleibensprogramm zu entwickeln, das trotz der französischen Vorbehalte und Ansprüche für brauchbare Ergebnisse habe.

Als englischen Streifen wird dazu mitgeteilt: Am weiteren Verhandlungsweg muß nun verhandelt werden, für den Sachverständigenausschuß der Reparationskommission ein Arbeitsprogramm zu entwickeln, das trotz der französischen Vorbehalte und Ansprüche für brauchbare Ergebnisse habe.

Englische Meinungen

London, 27. Oktober.

Die französische Antwort auf die Einladung Poincarés zu einer Konferenz ist gestern abend hier eingetroffen und im wesentlichen mit Überlegenheit worden. Die Antwort wurde noch nicht veröffentlicht, sie soll, wie allgemein bekannt wurde, die Annahme der Konferenz durch Poincarés enthalten unter der Bedingung, daß diese Konferenz der Reparationskommission unterstellt werde. Wie die „Times“ an hervorragender Stelle mitteilt, müsse man nicht übersehen, ob die englische Regierung diese einseitige Annahme als Grundlage für erste Verhandlungen über die Reparationsfrage betrachten wolle. Die englische Regierung werde seiner Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit zustimmen, die nur als Konzeption für Europas Empfinden „gedruckt ist und durch ihre Einschränkungen von vornherein ergebnislos sein werde. Diese Meinung spricht dafür, daß die Einschränkungen Poincarés mitgesprochen sein dürften, als es sich um Baldwin's Bericht handelt.

Zwölf weitere Wesentlichen Überlegenheit jedoch diejenigen Wörter, die von einem, wenn auch kleinen Schritt vorwärts sprechen und hoffen, daß eine derartige Konferenz mindestens die Zeit für eine internationale Zusammenkunft

öffnen würde. „Morning Post“ glaubt, daß eine Konferenz, die sich nicht mit der Frage der interalliierten Schulden befaßt, auch die Reparationsfrage nicht lösen könnte, daß sie aber trotzdem einige wertvolle Aufschlüsse über die deutsche Zahlungsfähigkeit geben würde. „Morning Post“ hofft, daß die Alliierten sich auf der Konferenz nicht nur über die deutsche Zahlungsfähigkeit, sondern auch über die Stabilisierung der Mark einigen können, in welchem Falle auch Amerika entgegenkommender in der alliierten Schuldenfrage sein dürfte. Denn ohne die Regelung der interalliierten Schulden sei auch nicht an eine Regelung der Reparationsfrage zu denken. Was, wie einige Blätter betonen, besonders von Italien geltend gemacht werde. „Daily Chronicle“ sagt, es gebe keine Verbindung, die den Wunschen einer Konferenz zustimmen könnte. Man könne nicht über die deutsche Zahlungsfähigkeit sprechen, ohne die Reparationsfrage vorher zu behandeln, ohne man die Reparationsfrage nicht behandeln, ohne auf die interalliierten Schulden zu kommen.

Französische Pressestimmen

Paris, 27. Oktober.

Der Beschluß der französischen Regierung, die Einziehung eines Sachverständigenausschusses zur Aufklärung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands anzunehmen, wenn er von der Reparationskommission ernannt wird, wird allgemein als große Maßnahme bezeichnet. Jedoch erklären die meisten Blätter, dies würde zu nichts Praktischem führen. So schreibt der „Matin“, diese Konferenz dürfe nicht zu große Hoffnungen erwecken. Aber da die Welger schon interessante Studien vorbereitet hätten, die sich mit den Zahlungsmitteln Deutschlands befaßten, könne das Gutachten kompetenter Spezialisten dazu dienen, über die wirtschaftliche Lage in Deutschland Klarheit zu schaffen. Inzwischen aber habe Frankreich gar keine Veranlassung, nicht emigriert an der Ausbeutung der Länder, die es in Händen habe, zu arbeiten. Der „Figaro“ vertritt den Standpunkt, seine Methode sei im Grunde die eines Experten zu bestimmen, der sich in Erzeugung befindet in Deutschland. Herr Poincaré handle sehr weise, daß er sich diesem Schritt, so wenig Kling er auch sei, nicht widersehe. Er komme damit nicht nur der englischen, sondern auch der öffentlichen Meinung der Welt entgegen. Das „Echo de Paris“ schreibt, Art. 23 des Friedensvertrages werde ausser Acht gelassen; aber seine Anwendung könne ohne Genehmigung der in der Reparationskommission vertretenen Regierungen erfolgen. Das Blatt scheint anzunehmen, daß nach Anhören des deutschen Delegierten durch die Reparationskommission dieselben einen Sachverständigenausschuß ernannt werden wird.

Der sozialistische „Populaire“ schreibt: Heute, wo wir zum ersten Male seit langer Zeit einen Schritt der französischen Regierung gutheißen können, möchten wir uns doch keine Illusionen machen; aber wir möchten trotzdem nicht völlig daran verzweifeln, daß die französische Politik endlich den Gefahren Rechnung trägt, die Lage mit sich bringt. Die „Source Industrielle“ erklärt, eine Konferenz und ein

Komitee stellen kein Ziel dar. Der Gehaltsentzug, auf den die Engländer die Arbeiter der Kurzezeit gehen wollen, ist falsch. Sie könne immer wieder benutzt werden, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abgeklärt werden müsse. Es sei hundertmal beizubringen worden, daß die Zahlungsfähigkeit eines Landes sich nicht abschätzen läßt; aber es müßte endlich einmal festgelegt werden, was man unter Zahlungsfähigkeit versteht. Seit Kahr an die Spitze Europas mit der These der besetzten Nationalökonomie gekommen sei, seien die Reparationen nur dem Ueberflusse seines Einkommens geflossen. Wo Kahr man die erklärt, daß ein Ueberflusse seinem Schuldner erlaubt hätte, seine Verpflichtungen nach dem Ueberflusse seines Einkommens zu bemessen? Der Schuldner bezahle mit seinem Kredit einschließlich Kapital und Eigentum.

Die französischen Kammerwahlen

Paris, 27. Oktober.

Wie der „Matin“ aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen zu wissen glaubt, sollen die Kammerwahlen am 1. Sonntag im April 1924 vor sich gehen. Die Legislaturperiode der gegenwärtigen Kammer ist am 31. März 1924 beendet.

Die Ruhrrechnung

Paris, 27. Oktober.

Die des „Echo National“ teilt, daß die französischen Abgeordneten Leon Blum und Vincent Auriol, die beide der Finanzkommission der Kammer angehören, bei deren Zusammenkunft am 30. Oktober Poincaré aufzufordern, genaue Angaben darüber zu machen, wieviel seit dem 1. Januar die Ruhrbelegung gekostet hat und wieviel die Ruhrbelegung insgesamt an Einnahmen der besetzten Gebiete einbringt. Das Blatt weist darauf hin, daß bis jetzt keine amtliche Zahlen hierüber veröffentlicht worden sind und die Bilanz der Ruhrbelegung nach wie vor streng geheim gehalten wird. Die beiden Abgeordneten werden das persönliche Gespräch Poincarés vor der Kammer belegen.

Sonderbündler-Umtriebe in Koblenz

Koblenz, 27. Oktober.

Gestern haben die Separatisten aus der Menge heraus Leute zu einem getriebenen und verhaftet. Die Verhafteten wurden auf die Stellung Ehrenbreitstein gebracht; die meisten sind jedoch wieder entflohen.

Hand in Hand mit den Franzosen

London, 27. Oktober.

Der Berichterstatter der „Times“ schreibt über die Verhältnisse in Koblenz weiter, die Separatisten seien am 26. Oktober abends von französischen Gendarmen in die Stadt zurückbegleitet worden. Sie seien, trotz dem Verbot der Oberkommission, alle bewaffnet. Zurzeit herrsche Anarchie. Die französischen und belgischen Truppen besetzten die Sonderbündler umgeben. Die belgische Oberkommission bei der Rheinlandkommission angeordnet worden seien, in der bevorstehenden Sitzung der Kommission die Separatisten als legale Regierung im Rheinland anzuerkennen. Gegen diese Verletzung der Versailles-Verträge und des Rheinlandabkommens werde Lord Balfour protestieren.

Aufruf an das rheinische Volk

Wachen, 27. Oktober.

In Wachen wurde an das rheinische Volk ein Aufruf verbreitet, in dem es heißt:
„Zu den kühnen Taten, die der aufregendsten Friedensvertrag in besonderer Weise dem Rheinland auferlegt hat, kamen in der letzten Zeit ständig Drangsalierungen, denen das rheinische Volk durch die sogenannten Sonderbündler ausgesetzt war. Diese angeblichen Vertreter rheinischer Interessen streben unter Mißachtung aller demokratischen Formen danach, die Rheinländer zum offenen Treubruch dem angehängten Vaterland gegenüber zu verleiten und das Rheinland, diese Wege der deutschen Kultur, vom Reich loszureißen. Immer wieder drohte man, durch einen Gewaltstreich eine weltweite Katastrophe zu schaffen und dem rheinischen Volk die angeblich von ihm ererbte Freiheit zu geben.“

In Wachen, einer der ältesten Städte deutscher Kultur, entzündete sich eine Gruppe fanatischer und volksfeindlicher Geister nicht, nach allseitiger Aufforderung der Bevölkerung, nicht durch die Belagerung, die die sogenannte rheinische Republik auszurufen, bei Nacht und Nebel, durch Ueberumpfung sich in den Besitz der öffentlichen Gebäude zu setzen und vor der Bevölkerung, die man von dem unehrenhaften Tod befreien wollte, durch unerhörten Terror mit vorgeschalteten Revolver und Gewehrkugeln die Anerkennung zu erzwingen.

Die erdrückende Mehrheit der gesamten Bevölkerung der alten deutschen Reichsstadt, alle Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, alle Konfessionen und Weltanschauungsgruppen, die wirtschaftlichen und sozialdemokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiter- und Bauernschaft aller Richtungen sowie die bestmögliche Anzahl von Arbeitern, haben gegen diese verbrechene unehrenhafte allgemeine Verurteilung vor dem Forum der gesamten Welt klammern Protest.

Wäge das Volkswissen, das so oft in den letzten Tagen in Deutschland angeregt wurde, jetzt endlich einmal dem be-

Zum Semesterbeginn

Den Studien wehe, Jüngling, gern dein Herz,
lang' der Angen feine Blüte wöhret.

Endgültige Einigung der deutschen Studentenschaft

Schwere Rollen haben doch bis unfrem Vaterland,
es müht und strebt nach in dem deutschen Reichsgeschicht.

gemäß geflohen ist, als wäre sie heute dem Haupte eines

deutschen Patrioten entzogen:
Du sollst an Deutschen die Zukunft glauben.

Der Kulturwert des Gymnasiums

Von Privatdozent Dr. Ottomar Wichmann-Salle.
Zur Gründung eines Zweigvereins der Freunde des
humanistischen Gymnasiums in Halle.

um das Wesentliche dieses Kulturwertes zu erfassen,
überprüft werden, so ist es ein eigenes Recht, es manigfaltig

Sie liegt der größte Kulturwert der humanistischen
nachbildung, der neben vielen anderen Vorzügen:
in formalen logischen Bildung, dem Bewußtsein der

Neuerwerbungen der Universitätsbibliothek Halle
Bücherei: 20. Okt. bis 3. Nov.
Gammann, E.: Die Prophetenbücher. 1923. 307 Bll.

Dom Schwarzen Brett
Die Geschäftskunden der Hallischen Studentenschaft
sind bis auf weiteres vormittags von 10 bis 12 Uhr.

Das ganze Deutschland soll es sein!
Eiserne, notharte Pflicht!

Eiserne, notharte Pflicht!

Von Lucius Kooz, cand. jur. et rer. pol.
Mit den neuen Semesterbeginn ist auch für den jungen
Studenten ein neues Abenteuer ins Land gezogen, ein Semester,

Die wertvolle Arbeit kann aber jeder Vorträge und
Geschäftsarbeiten, die den Studenten im Leben

Die wertvolle Arbeit kann aber jeder Vorträge und
Geschäftsarbeiten, die den Studenten im Leben

Ein solches Kulturwert hat das humanistische
Gymnasium der Durch die Anknüpfung an die Kultur

Die Geschäftskunden der Hallischen Studentenschaft
sind bis auf weiteres vormittags von 10 bis 12 Uhr.

Die Geschäftskunden der Hallischen Studentenschaft
sind bis auf weiteres vormittags von 10 bis 12 Uhr.